

Ostholsteinbrief

OKTOBER 2013

NUMMER 33

4. JAHRGANG

WWW.SP-D-OSTHOLSTEIN.DE

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,



nach der Bundestagswahl 2013 stehen wir nun vor dem Problem zu entscheiden, welcher Weg der richtige ist. Nach den Sondierungsgesprächen hat der Parteikonvent beschlossen, dass Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU aufgenommen werden. Unsere Ortsvereinskonferenz am 30.9. hat nach langer Beratung beschlossen, bereits nach den Sondierungsgesprächen ein Mitgliedervotum abzuhalten. Dieser Antrag wurde dem Parteikonvent zugeleitet und ist wohl abgelehnt worden. Mitgeteilt wurde uns das noch nicht. Nach den Koalitionsverhandlungen werden die Ergebnisse in Regionalkonferenzen diskutiert. Danach entscheiden die Mitglieder.

Der Kreisvorstand hat beschlossen, dass wir nach den Regionalkonferenzen eine eigene Mitgliederversammlung durchführen. Dort soll ebenfalls über die Koalitionsergebnisse beraten und anschließend beschlossen werden, welche Position die SPD Ostholstein offiziell vertritt. ■

Mit roten Grüßen

Euer

Lars Winter MdL,
Kreisvorsitzender

INHALT	SEITE
Editorial	1
Alternativen zur GroKo	1
Regieren ohne Mehrheit	3
Etwas mehr Nyborg bitte	3
Parteikonvent mit ...	
... Mathias Stein	4
... Sabine Gillesen	6
Beschluss des Konvents	7
OV-Konferenz	7
Kein Automatismus	8
Weshalb ich keine	
Große Koalition möchte	9
Dukes Bildersprache	9
Beschluss des KV	10
Offene Briefe an Andrea,	
Sigmar und Uwe	10
Berichte aus den OV	11
KTF Haushaltsklausur	13
Neuer AsF Vorstand	14
Hilfe! Juso-Chronik	14
Jusos im Nordkreis	15
Impressum	15

ALTERNATIVEN ZUR GROKO WAS MIT DEM WAHLERGEBNIS MACHBAR WÄRE

Was hätten wir uns für Zeit und Anstrengungen erspart, wenn wir bereits am Wahlabend die Oppositionsrolle angenommen hätten! Denn das Wahlergebnis war ja nicht gerade berauschend und bedeutet eher den Auftrag, in die Opposition zu gehen. Dann hätten wir nachdenken können, warum wir als Volkspartei zwar nach den Meinungsumfragen gute Wahlprogramminhalte hatten, aber die (fast absolute) Mehrheit des Volkes nur eine „Weiter-so-Person“ mit ihrer Partei gewählt hat – trotz fehlender Inhalte. Rechnet man die Stimmen für F.D.P. und AfD noch dazu, dann ist sogar die tatsächliche Mehrheit des Wahlvolkes rechts von der SPD angesiedelt.

WORTBRUCH UND STAATSRÄSON

Trotzdem haben wir Sozialdemokraten durch die Wahlgesetze (5%-Klausel) mit Grünen und Linken zusammen sogar eine Mehrheit der Mandate im Deutschen Bundestag. Aber sofort beim Auftauchen dieser Möglichkeit sprachen alle von

Wortbruch und danach gleich von der Staatsräson, der die SPD zur Bildung einer großen Koalition unterliege. Als ob wir dann beim Abschluss eines Koalitionsvertrages mit der CDU nicht auch Wortbruch begehen würden, weil wir vermutlich Dinge akzeptieren müssen, die wir, so unser „Wort“ im Wahlkampf, nicht haben wollten! Entscheidend ist also die Frage, ob wir im Endergebnis in einer Großen Koalition ein *Mehr* an sozialdemokratischen Positionen durchsetzen, um eventuelle Kröten im Vertrag überhaupt schlucken zu können.

Und die Staatsräson? Nun, die bisher durchaus auch von der SPD gezeigte Staatsräson ist von der Wählerschaft nicht honoriert worden, z.B. zu Zeiten der früheren Großen Koalition, ich denke dabei an die gemeinsame Erklärung der Kanzlerin und unseres Finanzministers Steinbrück zur Abwendung einer nationalen Bankenkrise (Sparguthabensicherheit). Auch später beim Abstimmungsverhalten der SPD für die Bewältigung der Europäischen Finanzkrise (war nur mit der Zweidrittel-Mehrheit möglich) haben wir als SPD uns richtig

verhalten, aber dafür beschied die Kanzlerin der Öffentlichkeit wider besseres Wissen, die Verlässlichkeit der SPD in europäischen Fragen sei nicht gegeben. Was also erzwingt eine große Koalition?

RECHTLICHE GRUNDLAGEN FÜR EINE MINDERHEITSREGIERUNG

Unsere Verfassung geht von einer kontinuierlichen Regierungsfähigkeit des Staates aus, deshalb bleiben ja jetzt sogar die FDP Minister im Amt. Der Begriff Große Koalition taucht in unserem Grundgesetz nicht auf. Unabhängig von Koalitionen kann jede/r Abgeordnete die vom Bundespräsidenten vorgeschlagene Person zum Kanzler bzw. zur Kanzlerin mitwählen, um so die absolute Mehrheit für ihn oder sie zu erreichen. Dazu bedarf es also keiner Koalition! Die Abgeordneten der SPD, der Linken und der Grünen könnten sogar mit absoluter Mehrheit einen eigenen Kanzler oder eine Minderheitsregierung erzwingen, wenn die CDU auf Neuwahlen abzielen wollte. Der Bundespräsident muss den so gewählten Kandidaten oder die Kandidatin ernennen. Dies ist sicher nur eine theoretische Alternative, aber es gibt sie.

Der Artikel 63 (4) des Grundgesetzes ermöglicht, aber auch anders eine Minderheitsregierung zu bilden, nämlich mit einer relativen Mehrheit. Allerdings ist dann die Ernennung des Kanzlers oder der Kanzlerin oder alternativ dazu die Auflösung des Bundestages in das Ermessen des Bundespräsidenten gestellt.

Nicht nur die politische Koalition, sondern auch die Opposition ist im Grundgesetz nicht erwähnt, wohl aber hat

das Bundesverfassungsgericht die Opposition zum unverzichtbaren Bestandteil der Demokratie erklärt. Dazu finden wir im Kommentar zum Grundgesetz:

„Nur eine starke Opposition kann verhindern, dass das parlamentarische Spiel ausschließlich zu einer Demonstration der Macht der herrschenden Partei oder Parteien benutzt wird.“

Im Interesse der Demokratie muss die Frage erlaubt sein, ob bei einem derartigen Übergewicht der Regierungsparteien eine Opposition noch ausreichend handlungsfähig ist und nicht der vorhandenen Politikverdrossenheit weiter Vorschub geleistet wird. Die Frage nach der Staatsräson der SPD ist vor diesem Hintergrund viel eher berechtigt.

WAS WOLLEN UNSERE WÄHLER?

Mit Blick auf die Wähler, die die SPD gewählt haben und im Interesse der Menschen, deren Leben wir verbessern wollen, ist es auch legitim zu versuchen, sozialdemokratische Positionen in einer Regierung umzusetzen. Denkbar ist es ebenfalls, dies als Opposition von der Minderheitsregierung von Fall zu Fall erfüllen zu lassen. Sonst bleibt nur die Möglichkeit, die Positionen in der Opposition deutlich zu machen.

Wir Ostholsteiner und Ostholsteinerinnen hätten uns gewünscht, die Mitgliederbefragung vor der Aufnahme der Koalitionsverhandlungen durchzuführen, dazu wären aber mindestens ein paar konkrete Ergebnisse aus den Sondierungsgesprächen notwendig gewesen. Umso wichtiger ist es jetzt, das Ergebnis aus den Koalitionsverhandlungen kritisch zu bewerten. Dazu erwarten wir klare sozialdemokratische Positionen und keine Wischiwaschi-Kompromisse. Letztlich sind es die Parteimitglieder vor Ort, die die Ergebnisse in ihrem Umfeld begründen und den Wählern gegenüber erläutern müssen. Das können sie nur, wenn die Punkte klar und verständlich sind und sie sich mit den Inhalten identifizieren können.

DIE MITGLIEDERBEFRAGUNG

Die Befragung der Mitglieder folgt dem Grundsatz *Mehr Demokratie wagen*, das heißt aber nicht: *Abnicken und gut*. Unsere SPD muss auch ein Nein zur großen Koalition ertragen können. Auch zum Nein-Sagen gehört Mut! Die Diskussion darüber ist im Gange. Wir müssen sie zulassen, weil sonst eine Zerreißprobe die ganze Partei erfassen wird. Es ist nicht nur die Bundestagsfraktion betroffen.

Wenn die Parteibasis etwas anderes will, geht es nicht um Solidarität gegenüber den Verhandlern. Es geht um Loyalität zu den programmatischen Aussagen, für die von allen gekämpft worden ist. Und es geht vor allem um Solidarität gegenüber den Menschen, die unsere Hilfe brauchen.

Wir als Mitglieder haben die Aufgabe, in diesem Sinne das Ergebnis ernsthaft und kritisch zu prüfen. Eines ist jetzt schon klar: Niemand hat dabei die absolute Weisheit gepachtet – weder die Arbeitsgruppen beim Verhandeln noch die Basis beim Abstimmen. Aber beide sollten sich ausschließlich von ihrem sozialdemokratischen Gewissen leiten lassen. Und wo Sozialdemokratie draufsteht, da muss auch Sozialdemokratie drin sein. ■

Hermann Benker
Neustadt in Holstein

SIE WOLLEN MITBESTIMMEN, SIND ABER (NOCH) KEIN SPD MITGLIED?

Sobald Sie den Mitgliedsantrag unterschreiben haben und er in der Mavis registriert ist, bist Du abstimmungsberechtigt.

Den ausgefüllten und unterschriebenen Antrag an den SPD Kreisverband Ostholstein, Lübecker Straße 6, 23701 Eutin senden, Kontakt mit Joerg Schimeck unter kv-ostholstein@spd.de oder Telefon 04521/59 57 aufnehmen, dann werden Dir der Ostholsteinbrief, alle Infos und die Unterlagen zur Mitgliederbefragung zugeschickt.



Ich will hier rein!
www.eintreten.spd.de

Mit diesem Link können Sie online eintreten
https://www.spd.de/webflow/partei/Mitglied_werden/3208/mitglied-werden.html?execution=e1s1

REGIEREN OHNE MEHRHEIT – IN EUROPA NICHT UNÜBLICH

Foto © Europäisches Parlament



Am 20. Oktober hat der SPD-Parteikonvent mit großer Mehrheit beschlossen, Koalitionsverhandlungen mit der Union aufzunehmen. Sollten die Verhandlungen mit CDU und CSU zu einem Ergebnis führen, dem auch die SPD-Basis in einem Mitgliedervotum zustimmen kann, würde Deutschland von einer großen Koalition regiert werden.

Damit liefe es erneut auf jenes Regierungsmodell hinaus, dass laut ARD-Deutschlandtrend auf eine extrem hohe Zustimmung in der Bevölkerung trifft. So halten zwei Drittel der Deutschen eine große Koalition für gut oder sehr gut für unser Land – so viele wie noch nie.

Diese Begeisterung für vermeintlich maximal stabile Verhältnisse hat sicher historische Gründe. Offensichtlich begrüßen es die Bürger, wenn sich die Parteien auf möglichst feste Bündnisse einigen und nur ja jeglichen Streit vermeiden. Dabei ist eine solche Koalition aus demokratischer Sicht gar nicht so erstrebenswert. Schließlich verschiebt sie in erheblichem Maße die Gewaltenbalance zugunsten der Regierung und hebt wesentliche Bestandteile des Parlamentarismus aus, wie dies derzeit Grüne und Linke auch bereits beklagen. Dass zudem die große Gefahr besteht, dass bei zukünftigen Wahlen vor allem die politischen Ränder profitieren, ist ebenfalls als sicher anzusehen.

Vor allem scheint eine große Koalition aber auch die einzige Alternative zu sein, wenn man Neuwahlen verhindern will. Schließlich konnte keine der vor der Bundestagswahl angestrebten Koalitionen eine Mehrheit erzielen und nach den Sondierungsgesprächen zwischen Union und Grünen scheidet Schwarz-Grün zu diesem Zeitpunkt ebenso als Option aus wie Rot-Rot-Grün.

Das heißt: „große Koalition als einzige Alternative“ – an dieser Stelle würden sicher viele meiner Kollegen im Europäischen Parlament vehement widersprechen. Denn was in Deutschland im ersten Moment undenkbar erscheint ist in vielen europäischen Ländern nicht unüblich: dass eine Partei, die über keine Mehrheit verfügt, eine Minderheitsregierung stellt und sich für ihre Vorhaben immer wieder um die Unterstützung durch die Oppositionsparteien bemühen muss.

Das gerade in skandinavischen Ländern durchaus geläufige Modell wurde in der parlamentarischen Kultur der Bundesrepublik nie wirklich erprobt – zumindest nicht auf Bundesebene. Anders ist das beispielsweise in Irland und Norwegen oder in Finnland, wo 22 der 38 Regierungen seit dem ersten Weltkrieg keine eigene Mehrheit hatten. Sicher positiv wird in diesen Fällen aufgenommen, dass Minderheitsregierungen viel aktiver für ihre Politik werben müssen. Und das nicht in politischen Talkshows sondern dort, wo die politische Auseinandersetzung, das Streiten um den richtigen Weg hingehört: in den Parlamenten. Der Debattenkultur dort kommt dies sicher zugute. ■

Ulrike Rodust
Europaabgeordnete

ETWAS MEHR NYBORG BITTE!

Foto © Hellmann, Bad Schwartau



Ich weiß nicht, wie verbreitet die dänische Fernsehserie Borgen außerhalb meines Freundeskreises ist. Dort zumindest entfachen die Ränkespiele über die fiktive dänische Premierministerin Birgitte Nyborg und ihr Team fortwährend Begeisterungstürme. Darauf weise ich jetzt nicht hin, weil ich unbedingt Werbung für den dänischen Rundfunk machen möchte. Vielmehr

zeigt die angesprochene Serie eindrucksvoll, wie besagte Birgitte Nyborg (leider keine Sozialdemokratin) mit ihrer Minderheitsregierung ein moderneres, offeneres und auch sozialeres Dänemark schafft. Wechselnde Mehrheiten, Mut und Intelligenz, das sind ihre Mittel.

Natürlich ist das nur eine Fernsehserie. Und natürlich ist mir auch klar, dass Dänemark gerade einmal doppelt so viele Einwohner hat wie Schleswig-Holstein. Dennoch ernüchtert

der Blick auf die Realität der bundesdeutschen Politik. Kein bisschen Mut, auch und vor allem nicht in unserer eigenen Partei. Dabei war es unsere nordrheinwestfälisch-sozialdemokratische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, die gezeigt hat, wie auch in einem deutschen Parlament eine Minderheitsregierung funktionieren kann. Ein Schulgesetz mit der CDU, die Abschaffung der Studiengebühren mit den Linken, ein wenig Einsatz für kommunale Finanzen mit der FDP.

STABILITÄT UND DIE ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND (AFD)

Es sind vor allem zwei Argumente, die gegen eine Minderheitsregierung eifrig diskutiert werden. Zum einen die mangelnde Stabilität, die so eine Konstellation gerade jetzt – in der Krise! – brächte. Ich möchte auf dieses Argument nur kurz eingehen. Für Politik interessiere ich mich ziemlich genau seit dem Jahr 2001. Damals hatte ich das erste Mal das Gefühl, dass Politik mein Leben direkt berührt. Seit 2001 habe ich das Gefühl, wir stolpern von einer Krise in die nächste. Erst war es eine weltweite Sicherheitskrise, die daraus resultierende amerikanische Wachstumspolitik befeuerte eine Bankenkrise, aus ihr wurde dann eine so genannte Staats-

schuldenkrise, die Eurokrise. Zwölf Jahre Krise. Wäre ich Zyniker, so vermutete ich fast ein konservatives Interesse an der Wagenburgmentalität der Deutschen. Wir hier drinnen – die Krise da draußen und eine stabile Regierung, die uns beschützt. Kurzum, ich glaube man sollte sich vom Stabilitäts-Argument nicht ins Bockshorn jagen lassen. Schwarz-gelb hat zuletzt eindrucksvoll gezeigt, wie die eigene breite parlamentarische Mehrheit in den Euro-Abstimmungen wackelte. Dennoch war mangelnde Stabilität im Wahlkampf nie Argument gegen schwarz-gelb. Und das aus gutem Grund, denn wurde es eng für die Regierung in Sachen Europa, dann standen die Sozialdemokraten bereit. Ähnliches erwarte ich auch von der CDU allein schon aus staatsbürgerlicher Verantwortung im Falle einer wie auch immer gearteten Minderheitsregierung.

Das zweite Argument nehme ich dann grade als Sozialdemokrat schon ernster und auch bei der bisherigen Diskussion in unserem Kreisverband spielte es eine Rolle. Es geht um die selbsternannte Alternative für Deutschland. Wir Jusos mussten mit dieser obskuren Gruppierung im Wahlkampf schon nähere Bekanntschaft machen, nachdem einen Tag nach einem zufälligem Aufeinandertreffen (und zivilisiertem Diskutieren) mit Wahlkämpfern der AfD gegen uns via Pressemitteilung der Vorwurf der Wahlkampfstörung erhoben wurde. Aufmerksamkeit um jeden Preis – ein Konzept, das im Wahlkampf der AfD offenbar aufging. Aktuelle Umfragen deuten jetzt an, dass die AfD im Falle von Neuwahlen relativ sicher im Bundestag vertreten wäre. Für einige in unserer Partei ist schon das ein Argument für eine stabile Regierung,

für eine große Koalition. Dabei zeigen uns zahlreiche Beispiele vor allem eins: große Koalitionen stärken die Ränder. Die Erfolge von Linkspartei, FDP und Grünen waren 2009 kein Zufall. Schon die Zusammenarbeit von CDU und SPD in der Europapolitik reichte um (dank wahrgenommener Alternativlosigkeit) die AfD denkbar nahe an die Fünf-Prozent-Hürde zu bringen. Wie mag das erst nach vier Jahren Großer Koalition aussehen? Wer die Stärkung einer rechtspopulistischen Partei (und im übrigen auch der Linkspartei) verhindern möchte, der sollte auch die Große Koalition verhindern.

WAS WOLLEN WIR WIRKLICH?

Wenn ich all diese Gedanken zu Ende denke, dann frage ich mich, ob wir wirklich darauf setzen sollten, dass Die Linke in den nächsten vier Jahren von selbst Regierungsreife entwickelt oder ihr nicht lieber via Minderheitsregierung einen kleinen Schubs geben sollten? Wollen wir dem Beispiel unserer österreichischen Genossen folgen und die Durchsetzung sozialdemokratischer Inhalte auf absehbare Zeit an die Launen der Konservativen ketten? Wollen wir wirklich für populistische und kurzfristige CSU-Politik in den nächsten vier Jahren den Kopf hinhalten, wie die FDP vor uns?

Wir haben es beim Mitgliederentscheid selbst in der Hand unsere Parteispitze zu kreativeren Szenarien zu zwingen, ein bisschen mehr Nyborg, ein bisschen mehr politischer Mut, täte uns gut. ■

Niclas Dürbrook
Juso Vorsitzender

PARTEIKONVENT IN ZWEI AKTEN DIE SPD NACH DER BUNDESTAGSWAHL

Stimmungsbericht von den Tagungen des SPD-Parteikonvents am 27. 09. 2013 und 20. 10. 2013 im Willy-Brandt-Haus in Berlin

Eigentlich war es anders geplant. Mit einer rot-grünen Mehrheit sollte Peer Steinbrück im Oktober Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland werden. Stattdessen erzielt die SPD mit 25,7 % der Stimmen eines der schlechtesten Bundestagswahlergebnisse in ihrer Geschichte. Die Union ist klare Siegerin der Bundestagswahl, kann aber ohne Koalitionspartner nicht regieren. Was liegt aus der Sicht von Angela Merkel näher, als eine Neuaufgabe einer Großen Koalition zu versuchen?

In der SPD begann eine heftige Debatte. Eine zentrale Rolle spielt dabei der SPD-Parteikonvent, der Ende September und Ende Oktober zusammentrat. Es wurde auf den unterschiedlichsten Kanälen viel geschrieben und informiert. Deshalb geht es hier um einen Stimmungsbericht.

**Erste Konsequenz aus der Niederlage:
Mehr Demokratie wagen – die Mitglieder entscheiden**

einige Genossinnen und Genossen gegen eine Große Koalition. Presse, Funk und Fernsehen waren auch in beträchtlicher Anzahl vor Ort. Obwohl die Sitzungen des Konvents nicht presseöffentlich sind, sind

die Medienvertreter_innen sind häufig besser und schneller informiert als die Delegierten.

Schon vor Beginn der Sitzung traf ich einen Genossen, der offen die Angst äußerte, dass die Partei auseinander fallen würde.

Auf den Tischen der Delegierten lag eine dickes Antragspaket aus den verschiedenen Gliederungen. Wie ein roter Faden zog sich dabei die Bedenken und Ablehnung der Großen Koalition durch die Beschlüsse der Parteigliederungen. Der Parteivorstand stellte auch einen Antrag, der später auch in geänderter Form die deutliche Mehrheit fand.

Doch bevor es um Beschlüsse ging, diskutierten die Delegierten. Den Auftakt übernahm der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel. Er bezeichnete das Ergebnis als eine schlimme Niederlage. Eine Mehrheit der Menschen sehe in der SPD nicht mehr die Partei der *kleinen Leute*. Der SPD wurden ihre inhaltlichen Versprechen nicht richtig geglaubt. Gabriel macht deutlich, dass diese Niederlage nicht durch das Regierungsprogramm der SPD verursacht wurde. Er halte es für →

DER ERSTE AKT TIEFE ENTtäUSCHUNG MIT EINEM üBERRASCHENDEN ERGEBNIS

Die meisten Delegierten reisten tief enttäuscht zur Sitzung des Parteikonvents. Im Gepäck trugen sie die Diskussionen aus den Ortsvereinen, Kreisverbänden, Landesverbänden und sozialen Netzwerken – häufig mit dem Tenor *bloß nicht mit der Merkel*. Vor dem Willy-Brandt-Haus demonstrierten

richtig, dass es in dieser schwierigen Situation darum gehen müsse, wie sozialdemokratische Inhalte umgesetzt werden können.

Der jetzige Prozess – *Regierungsbeteiligung oder nicht* – müsse Maßstäbe für die innerparteiliche Demokratie setzen. Ohne Zustimmung der Mitglieder werde es keine Regierungsbeteiligung der SPD geben. Er dankte allen, die sich am Wahlkampf beteiligt haben. Ein ganz besonderen Dank galt Peer Steinbrück.

Nach Sigmar Gabriel spricht Peer Steinbrück. Dieser bezeichnet das Wahlergebnis als niederschmetternd. Die Partei sei in einer sehr schweren Situation. Dieses habe er in seinen Leben bisher nicht erlebt. Die Menschen hätten mit Merkel ein vermeintliches „Rundum-Sorglos-Paket“ gewählt. Der Wahlkampf der Union habe in der Gesellschaft entpolitisierende Wirkung entfaltet. Dieses sehe er mit Sorge. Peer Steinbrück bekannte sich sehr deutlich zum Wahlprogramm. Hier sei nicht die Ursache für die Niederlage zu suchen. Peer Steinbrück sprach noch eine Reihe von weiteren Beobachtungen der letzten Monate an. Vom Zerfall gesellschaftlicher Milieus über das Verhältnis von Medien und Politik bis zum „Tunnelblick während des Wahlkampfes“ führte der ehemalige Kanzlerkandidat einige weitere Punkte zur Analyse des Wahlergebnisses aus. Abschließend gab er seinen Rückzug aus der „ersten“ Reihe bekannt. Er strebe kein hohes Parteiamt, kein Amt in der Bundesregierung und der SPD Bundestagsfraktion mehr an. An den möglichen Gespräche mit der Union wolle er teilnehmen, um den Preis hochzutreiben. Er tue dieses aus Verantwortungsgefühl. Abschließend dankte er allen in der Partei. Es sei einzigartig gewesen, wie solidarisch alle in der Partei zu ihm gestanden haben. Emotional fügt er hinzu, dass er dieses nicht vergessen werde.

In der mehrstündigen Diskussion wird deutlich, dass die Gefühlslage nicht für einer Koalition mit der Union spricht. Leidenschaftliche Anhänger_innen einer Großen Koalition oder eines rot-rot-grünen Bündnisse fanden sich nicht.

„Der Ball liegt bei Frau Merkel im Feld“ war der meist gesagte Satz in der Diskussion. Dennoch könne die SPD erste Gespräche nicht ablehnen. „Gradmesser bei den Gesprächen sind unsere Inhalte“, wischte Hannelore Kraft Befürchtungen weg. Mehrfach appellieren die führenden Köpfe, Vertrauen in den Prozess zu haben. Dieser Prozess müsse ergebnisoffen sein. Eine Große Koalition könne es nur geben, wenn alle Mitglieder die Chance bekommen, hierüber zu entscheiden. Die Parteiführung sagt auf dem Weg zur Entscheidung ein Höchstmaß an Transparenz zu. Am Ende des Antrages des Parteivorstandes heißt es dann auch konsequent: „Der Parteivorstand wird ein Höchstmaß an Transparenz und innerparteilicher Demokratie gewährleisten.“

Nach den Sondierungsgesprächen solle der Konvent wieder zusammenkommen,

Zwei Zitate von Willy Brandt bestimmten die Diskussion

„Politik taugt nur was, wenn sie das Leben der Menschen besser macht.“

„Es macht keinen Sinn, die Mehrheit für die Sozialdemokratie zu erringen, wenn der Preis dafür ist, kein Sozialdemokrat mehr zu sein.“

um zu entscheiden, ob Koalitionsverhandlungen mit der Union aufgenommen werden.

Einige im Konvent fordern bereits nach den Sondierungsgesprächen ein verbindliches Votum der Mitglieder über die Aufnahme von Koalitionsgesprächen. Dieses traf auf massiven Widerstand der Parteispitze und war im Konvent nicht mehrheitsfähig.

Mit großer Mehrheit beschloss der Konvent, das Gesprächsangebot der Union zu Sondierungen anzunehmen. In dem Beschluss heißt es, dass die SPD „nur für einen Politikwechsel“ bereitsteht. Ein *Weiter-so* mit der Regierung Merkel könne es nicht geben.

Mit dem *Politikwechsel* und *Mehr-Demokratie-wagen* im Gepäck starten die Gespräche mit der Union

**DER ZWEITE AKT
DIE VERHANDLUNGSENTSCHEIDUNG**

Nach drei Sondierungsgesprächen zwischen der SPD und der CDU/CSU, der Absage der Grünen, Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU zu führen, trat der Konvent am 20. 10. 2012 erneut zusammen. Die Medien verbreiten bereits mehrere Stunden vor der Sitzung einen Antrag des Parteivorstandes an den Konvent. Darin finden sich zehn Punkte, die bei den Koalitionsverhandlungen als *unverzichtbare* Punkte genannt werden. Die Delegierten erhalten diesen Antrag erst nach dem Beginn der Tagung.

Dieses Durchstechen an die Medien kritisierte Sigmar Gabriel bereits zu Beginn. Es sei kein Ausdruck von Vertrauen. Gabriel warb um das Vertrauen unter den Delegierten. Ihm bereite es Sorgen, wie derzeit in der Partei mit Bundespolitiker_innen gesprochen werden. Er spüre eine Stimmungslage *wir da unten – ihr da oben*. Ihm und anderen in der Parteiführung werde unterstellt, es gehe bei der Verhandlungsentscheidung lediglich um Regierungsjämter. Gabriel kündigt an, dass er alles dafür tun werde, dieses Misstrauen in der Partei abzubauen. Erneut sichert er Transparenz und umfassende Information der Parteigliederungen zu. Nicht jede Diskussion in der Partei müsse über die Presse geführt werden. Wenn der Konvent beschließt, Koalitionsverhandlungen aufzunehmen, müsse das Ziel sein, die Verhandlungen erfolgreich zu beenden. Im Verlauf der Sondierungsgespräche gäbe es auf der Seiten der Union deutliche

Bewegung bei wichtigen sozialdemokratischen Forderungen. In der Frage des Mindestlohns, bei der Rentenpolitik, einer besseren finanziellen Ausstattung der Kommunen, einer Frauenquote für Aufsichtsräte bis zur doppelten Staatsbürgerschaft zeichnen sich Einigungsmöglichkeiten auf. In der Frage eines Altschulden-Fonds, mehr Steuergerechtigkeit sowie bei der Gleichstellung der Ehe bei homosexuellen Menschen werde es hingegen sehr schwer sein, die sozialdemokratischen Beschlüsse durchzusetzen. →



Über drei Stunden diskutierten die Delegierten zum Teil sehr hitzig den Antrag des Parteivorstandes sowie die 36 Anträge aus der ganzen Partei. Einige Delegierte enttäuschte das Ergebnis, sie sprachen sich gegen die Aufnahme von Verhandlungen aus. Die Aussicht, die volle Gleichstellung homosexueller Paare mit der Union nicht erreichen zu können, enttäuscht. Der Versuch, diesen Punkt in den Antrag des Parteivorstandes aufzunehmen, scheiterte. Ebenso findet sich die Forderung nach Steuererhöhungen nicht im Antrag wieder. In einem Änderungsantrag – für den sich unter anderen Bettina Hagedorn stark gemacht hat – wird von *unseren Finanzierungsvorschlägen* gesprochen. Ralf Stegner fordert in

seinem Redebeitrag die Ergebnisoffenheit der Verhandlung und die Loyalität zum SPD-Regierungsprogramm. Peer Steinbrück spricht davon, dass „wir uns auf sehr dünnem Eis bewegen“. Alle Argumente haben ihre Berechtigung. Dieses müsse in der Partei respektiert werden.

Der Antrag des Parteivorstandes wurde mit deutlicher Mehrheit, 31 Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen beschlossen. Seit Ende Oktober wird verhandelt, und am Ende entscheiden die Mitglieder über die Große Koalition. ■

Mathias Stein, mathias.stein@spd-sh.de
Mitglied im Landesvorstand SPD SH

FREITAG, 27. SEPTEMBER IN BERLIN DIE STIMMUNG AUF DEM PARTEIKONVENT



Hier kommt mal meine ganz persönliche Einschätzung vom Konvent am Freitag.

Im Vorfeld zum Konvent habe ich sehr wenige Stimmen gehört, die ernsthaft einen Erfolg in KoVerhandlungen mit den Konservativen sehen. Es lagen ja auch eine Menge Anträge vor, die sich gegen eine GroKo aussprachen. Vom Parteivorstand gab es einen Antrag, der im Wesentlichen die

Punkte des NRW-Antrags aufnahm und dann auch mit Änderungen angenommen wurde.

Wesentliche Argumentation des PV war, dass es lediglich um die Zustimmung zu Sondierungsgesprächen geht, nicht um mehr. Den nächsten Schritt muss erneut ein Konvent beschließen. Das war m.E. die Grundlage dafür, dass es eine sehr große Mehrheit für diesen Antrag gab. Ich habe ihm auch zugestimmt. Nicht ohne Bauchgrummeln. Einerseits finde ich, dass wir immer reden müssen. Mit allen demokratischen Parteien, im Bundestag also mit allen. Andererseits habe ich starke Bedenken, weil ich ein wenig das Gefühl habe, dass das Ganze auch eine kluge Salamiaktik sein kann ...

So würde ich es jedenfalls machen ... ;-) Um Missverständnissen vorzubeugen: ich glaube nicht, dass jemand ernsthaft überzeugt eine GroKo will. Aber es gibt unterschiedliche Einschätzungen, ob wir es evtl. gegen innere Überzeugung u. U nicht doch machen sollten ... Und da bin ich mir nicht sicher, ob das nicht schon für manche entschieden ist und dieses Verfahren den Weg nicht glätten soll. Aber das ist mein persönlicher Eindruck. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Andererseits können wir ja auch nicht danach bewusst Nein zu einer Situation sagen, die wir noch gar nicht genau kennen. Also sind Sondierungsgespräche vielleicht sogar ganz hilfreich. Und bei dem, was dann heute von den Konservativen so kolportiert wird (Seehofer will auf jeden Fall die Maut, Kauder und Schäuble keinesfalls eine Vermögensabgabe, Mindestlohn geht für von der Leyen auch nicht etc. etc.) ist es vielleicht sogar klärend.

Aber zum Wesentlichen, der Stimmung: ich hatte das Gefühl, dass viele, die das sehr kritisch sehen, nicht in die Bütt gegangen sind. Das wird wohl erst im nächsten Konvent kommen. Es gab auch keine Debatte über andere Varianten, z.B. eine Minderheitsregierung. Ich selber war auf der Redeliste und wollte dazu sowie zu für mich wesentlichen inhaltlichen Knackpunkten reden. Um 21.45 habe ich dann aber meine Wortmeldung zurückgezogen. Die Luft war raus, es war laut und wir waren fast eine Stunde später als ursprünglich gedacht. Da habe ich es dann auch gelassen. Ich hab mit vielen aus anderen Delegationen gesprochen, da war die Stimmung ähnlich. Viele, die über eine Minderheitsregierung und Inhalte sprechen wollten, es aber dann später doch gelassen haben. Die Meinung war, dass es ja erst mal nur um Sondierungsgespräche geht und insofern wir das ja auf dem nächsten Konvent noch machen können.

Für mich war es eine Gemengelage, die schwer zu zusammenzufassen ist: einerseits eine übergroße Ablehnung zum Thema GroKo vorab online und offline unter den Genoss_innen, andererseits ein Konvent, dem eine große Bedeutung zugeschrieben wurde, der dann aber nur über Sondierung sprach und abstimmte.

Ich glaube, dass die wirkliche Abstimmung noch kommt. Und da bin ich mir sehr sicher, dass das anders ausgeht. Voraussetzung dafür ist aber, dass wir unsere Punkte, die wir als inhaltlich wesentlich ansehen, vorher geklärt haben.

Ich für meine Person werde keinem Vertrag, keiner Verhandlung zustimmen, die nicht Mindestlohn und Equal Pay sowie eine Vermögensabgabe beinhaltet. Außerdem absolute Gleichstellung von Schwulen und Lesben (incl. Adoption) und die Rücknahme des Betreuungsgeldes, damit das Geld in Kitas gesteckt wird. Und da lass ich mich nicht ködern, dass die Steuern erhöht werden, damit Kitas finanziert werden können, ohne das Betreuungsgeld abzuschaffen. Darauf könnt ihr euch verlassen. Ansonsten werden wir weiter diskutieren müssen.

So, jetzt wisst ihr, wie eines eurer Konventsmitglieder so tickt und wie ich wozu abgestimmt habe.

Außerdem: stellt Anträge und äußert euch! Das WIR entscheidet! ■

Sabine Gilleßen
Landesvorstand AsF und Mitglied im Parteikonvent

DER BESCHLUSS DES AUSSERORDENTLICHEN PARTEIKONVENTS DER SPD

Die SPD ist mit einem klaren Programm für einen Politikwechsel in Deutschland in den Wahlkampf gegangen und hat einen entschlossenen Wahlkampf gemacht. Sie hat im Wahlkampf den Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern gesucht und konnte sich auf den Einsatz ihrer Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer vor Ort verlassen. Keine andere Partei hat einen solchen Einsatz gezeigt. Das Wahlergebnis zeigt:

- 1.** Die CDU/CSU-FDP-Koalition hat keine Mehrheit mehr. Es wird keine Fortsetzung der Politik der schwarz-gelben Bundesregierung geben.
- 2.** Eine Mehrheit für einen rot-grünen Politikwechsel konnten wir nicht erreichen, obwohl das Vertrauen der Menschen in die Sozialdemokratie leicht gestiegen ist. Aber das Wahlergebnis zeigt auch: Neues Vertrauen wächst nur langsam. Wir werden den Erneuerungsprozess daher fortsetzen.
- 3.** Die Union ist in der Verantwortung. Der Ball liegt im Feld von Kanzlerin Angela Merkel. Sie ist von den Wählerinnen und Wählern beauftragt, eine handlungsfähige Regierung zu bilden.
- 4.** Das Wahlergebnis ist für uns Auftrag und Verantwortung zugleich. Unsere Wählerinnen und Wähler erwarten von uns, dass wir bei unseren Inhalten verlässlich bleiben. Die SPD steht nicht für eine Fortsetzung der bisherigen Politik der Regierung zur Verfügung, sondern nur für einen Politikwechsel. Wir verweigern uns Gesprächen nicht. Grundlage ist für uns das SPD-Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013. Die hier festgeschriebenen Anforderungen, insbesondere für eine Politik für gute Arbeit und die gerechte Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme, gute Bildung und starke Forschung, eine gerechte und auskömmliche Steuer-, Finanz- und Haushaltspolitik, eine Stärkung der Kommunen, eine verantwortliche Gestaltung der Energiewende und Entwicklung und Sicherung der Infrastruktur in Deutschland, verantwortungsvolle Europapolitik sowie moderne Familien-, Gleichstellungs-, Integrations- und Gesellschaftspolitik, sind die Messlatte.
- 5.** Die Gremien und Landesverbände der SPD werden vom Parteivorstand umfassend über mögliche Gespräche informiert und an möglichen Entscheidungsprozessen fortlaufend beteiligt. Dabei wird fortlaufend eine breite Meinungsbildung herbeigeführt, um eine breite Akzeptanz zu erreichen. Über die Aufnahme möglicher Koalitionsverhandlungen entscheidet der Parteikonvent. Über die Ergebnisse möglicher Koalitionsverhandlungen wird ein verbindliches Mitgliedervotum eingeholt, an dem alle Mitglieder beteiligt werden. Der Parteivorstand wird ein Höchstmaß an Transparenz und innerparteilicher Demokratie gewährleisten. ■

OV-KONFERENZ DER SPD OSTHOLSTEIN

Das Bundestagswahlergebnis hat uns ein Thema beschert, dass wir uns vor der Wahl so nicht haben vorstellen können. Die Frage nach der großen Koalition. Neudeutsch GroKo genannt. Anfängliche Diskussionen, wie mit dem Wahlergebnis umzugehen ist, haben verstärkt dazu geführt, dass ich als Kreisvorsitzender angerufen und angeschrieben wurde. In den meisten Fällen wurde sich gegen die GroKo ausgesprochen.

Ich hatte damals und habe noch heute eine persönliche Meinung zur GroKo. Ich halte sie für keine gute Alternative. Aber als Kreisvorsitzender habe ich die Meinung meines Kreisverbandes zu vertreten.

Mir erschien es nicht redlich, *nur* den Kreisvorstand zu befragen und für den Kreisverband entscheiden zu lassen. Ein Kreisparteiausschuss oder gar ein Kreisparteitag dazu einzuberufen war zu aufwendig. Ich habe mich nach Rücksprache mit meinen Stellvertreter_innen entschieden, zu einer mitgliederöffentlichen Ortsvereinskonferenz in den Redkrug nach Eutin zu laden.

Mehr als 50 Mitglieder sind der Einladung gefolgt. Nach einer kurzen Einführung durch die stellvertretende Landesvorsitzende und gleichfalls unsere Bundestagskandidatin

und -abgeordnete Bettina Hagedorn sowie meinem Bericht von der letzten Landesvorstandssitzung und den Beratungen in der Landtagsfraktion wurde eine sehr lange Wortmelde-liste abgearbeitet. Von allen Anwesenden haben sich lediglich vier Personen nicht zu Wort gemeldet. Das finde ich sehr bemerkenswert. Im Anschluss an die gut zweistündige Diskussion gab es einen einstimmigen Beschluss, den der Kreisvorstand im Anschluss formell bestätigt hat. Der Beschluss (mehr dazu auf Seite 10) lautet:

Der Parteivorstand und der Parteikonvent der SPD Deutschland wird aufgefordert, dass nach Vorliegen der Ergebnisse der Sondierungsgespräche ein Mitgliederentscheid zur Klärung der Frage ob Koalitionsverhandlungen aufgenommen werden, durchgeführt wird.

Es hat sich herausgestellt, dass der Wunsch nach Aufarbeitung des Wahlergebnisses sehr groß war und dass die Form der gewählten Veranstaltung genau richtig war. Ich bin sehr stolz darauf, wie aktiv und diskussionsfreudig sich die Mitglieder unseres Kreisverbandes präsentieren. ■

Lars Winter, MdL
Kreisvorsitzender

KEIN AUTOMATISMUS FÜR EINE GROSSE KOALITION WAS IST MIT DIESEM WÄHLERVOTUM MACHBAR?

Foto © Studio Kohlmeier



Berlin, 29. 09. 2013

In den letzten sieben Tagen wurde das Wahlergebnis und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für mögliche Koalitionsverhandlungen täglich diskutiert – und ich freue mich auf den Austausch mit Euch bei der SPD-Ortsvereinskonferenz am Montag, dem 30. 09. 2013 im Eutiner Redderkrug.

Am Tag nach der Wahl diskutierten wir in Kiel im

Landesvorstand und Landesparteierrat, am Dienstag und Mittwoch tagten sieben Stunden SPD Fraktionsvorstand und Fraktion: Im neuen Bundestag wird die SPD mit 192 Abgeordneten vertreten sein – das sind 46 mehr als in der vergangenen Wahlperiode und 86 Neue. Besonders positiv: Der Frauenanteil ist deutlich gestiegen – auf 42 Prozent! Und am Freitag war ich als Mitglied der Antragskommission beim Parteikonvent schon wieder in Berlin: Von ca. 200 Mitgliedern gab es bei sehr wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen ein deutliches Votum *für* Sondierungsgespräche mit der CDU/CSU unter der Bedingung, dass die wesentlichen Aussagen unseres Wahlprogramms dafür den verbindlichen Kompass darstellen müssen. Den Beschluss findet Ihr auf Seite sieben.

Uns allen stehen harte Wochen der Regierungsfindung bevor – denn Auswirkungen auf unsere SPD hat *jede* Regierungsbildung – auch Schwarz-Grün oder Neuwahlen können uns nicht kalt lassen. Auch wenn die Große Koalition in aller Munde ist und die Schlagzeilen bestimmt – es gibt *keinen* Automatismus für eine Große Koalition. Aus Demokratie-Gesichtspunkten halte ich persönlich Schwarz-Grün für erheblich besser: Da Merkel nur fünf Sitze zur absoluten Mehrheit fehlen, wäre die kleinere Oppositionspartei der Grünen einerseits trotzdem groß genug, um für stabile Mehrheitsverhältnisse zu sorgen. Andererseits gäbe es eine kraftvolle Opposition unter der Führung der Sozialdemokratie – und die Demokratie braucht eine starke Opposition!

Bei einer großen Koalition würden 80 Prozent des Bundestages zum Regierungslager gehören, während die viel zu kleine Opposition auch noch von Gregor Gysi als Oppositionsführer geführt würde ... Das kann nicht gut für die Demokratie und schon gar nicht für die SPD sein. Allerdings: Wahlergebnisse sind für die Parteien kein „Wünsch-Dir-Was“ – das Wählervotum muss akzeptiert und Neuwahlen müssen verhindert werden, sonst sackt die Wahlbeteiligung mit Sicherheit drastisch ab und mindestens die AfD käme in den Bundestag. Das kann die SPD nicht wollen! Deshalb ist der Beschluss des Parteikonvents vom 27. September, der eine breite Beteiligung aller Mitglieder garantiert, aus meiner Sicht sehr klug. Wir wollen zwar keine Große Koalition – aber

wir müssen uns für den Fall, dass die Grünen dank ihrer manifesten Führungsquerelen koalitionsunwillig oder -unfähig sein sollten, wappnen.

Rot-Rot-Grün ist aus meiner Sicht derzeit absolut keine Option! Für mich steht fest: Die Linkspartei ist mit ihrem aktuellen Programm vor allem im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik noch weit davon entfernt, für uns als Koalitionspartner in Betracht zu kommen – bis 2017 muss die LINKE ihre Radikalpositionen u.a. zur Nato und zu Europa als Voraussetzung dringend neu justieren! Die von manchen bemühte angebliche „linke Mehrheit“ aus SPD (25,7 Prozent), Grünen (8,4 Prozent) und Linkspartei (8,6 Prozent) ist aber auch deshalb vor 2017 indiskutabel, weil diese Parteien zwar 42,7 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen, denen allerdings 41,5% allein der CDU/CSU und außerparlamentarisch FDP (4,8 Prozent) und AfD (4,7 Prozent) – also eine konservative Mehrheit von 51 Prozent der Wählerstimmen – gegenübersteht. Bundesweit – aber eben auch in Ostholstein – haben 2/3 aller Grünen-Wähler und 4/5 aller Links-Wähler mir bzw. den SPD-KandidatInnen nicht ihre Erststimme gegeben ... so können wir auch keine linke Mehrheit der Mandate eringen!

Wahr ist zwar, dass wir nach einem starken Ergebnis 2005 dann als Juniorpartner der CDU/CSU mit dem schlechtesten Ergebnis der SPD bei Bundestagswahlen überhaupt abgestraft worden sind (von 34,2 auf 23 Prozent). Und das, obwohl die Konjunkturpakete und Kurzarbeitergeld zur Bewältigung der Krise 2008/2009 ganz eindeutig sozialdemokratische Handschrift tragen. Obwohl wir also 2005 bis 2009 gute Arbeit geleistet haben, haben uns die Wähler abgestraft, und die Grünen (+2,6 Prozent) und die Linkspartei (+2,2 Prozent) konnten im gleichen Zeitraum viele Stimmen hinzugewinnen. Dennoch ist auch wahr: Trotz vier Jahren – aus meiner Sicht guter und verantwortungsvoller – Oppositionsarbeit konnten wir 2013 nicht in dem Umfang profitieren, wie wir gehofft hatten.

Ich habe bei all meinen Terminen und Veranstaltungen immer wieder viel Zuspruch und positive Rückmeldungen dafür erhalten, dass ich meinen Einsatz für unsere Region in den vergangenen elf Jahren kontinuierlich und konstant gezeigt habe und nicht – wie manch andere Kandidaten – nur in Wahlkampfzeiten aus der Lethargie erwache, um Wohltaten zu verteilen und Versprechungen zu machen. Ich habe auch den Eindruck gehabt, dass unser inhaltlicher Wahlkampf bei den Wählern deutlich besser ankommt als der personenfixierte Stillstandswahlkampf von Schwarz-Gelb. Ich bin deshalb weiter davon überzeugt, trotz des enttäuschenden Ergebnisses, dass man gute Politik nur machen kann, wenn man auch mit den Menschen über Inhalte redet. Eine inhaltsleere Showveranstaltung wird es mit mir auch in den nächsten vier Jahren nicht geben! ■

Herzliche Grüße

Eure

Bettina Hagedorn, MdB

WESHALB ICH KEINE GROSSE KOALITION MÖCHTE ...

Foto © Beate Müller-Behrens



Die Wählerinnen und Wähler haben meine Partei bei der letzten Bundestagswahl abgestraft. Wir sollten alle miteinander darüber nachdenken, weshalb es so gekommen ist. Die 25,7 Prozent auf Bundesebene (das Ergebnis bei uns in Schleswig-Holstein war nur leicht aber immerhin freundlicher!) haben der SPD mitnichten den Auftrag erteilt, sich um die Regierung Deutschlands zu kümmern.

Auch nicht mit dem „Staatsräson“-Zeigefinger!

Nun hat Frau Merkel zwar die Wahl gewonnen (wer nichts tut, macht keine Fehler!), aber sie hat nicht die Mehrheit, weil ihr gefälliger bisheriger Koalitionär – er hat seine Liberalität seiner Klientelpolitik geopfert – jeglichen Einfluss auf die bundesdeutsche Politik verloren hat. Und das ist gut so!

Für mich stellt sich das Wahlergebnis folgendermaßen dar: Frau Merkel wurde von der Wählerschaft für eine Minderheitsregierung gewählt. Hier kann sie zeigen, dass sie regieren kann. Ich warte auf die Beweise.

Wie soll es weitergehen? Dass meine Partei dieses Mal noch vor rot-rot-grün zurückschreckt, kann ich nur deshalb „schlucken“, weil man es vorher versprochen hat. Dabei hat rot-rot-grün mehr Sitze als schwarz. (Vor nächsten Wahlen sollte es keine Ausschleißeritis mehr geben. Ausnahmen nur bei Parteien mit faschistischem Gedankengut). Wo wurde dies „Nicht mit den ganz Roten!“ eigentlich beschlossen?

Denn versprochen haben wir doch auch unser Wahlprogramm, für das unser Kandidat Peer Steinbrück und viele engagierte Wahlhelfer_innen gekämpft haben. Mir fällt dabei

Willy Brandt ein, der sagte „Es hat keinen Sinn, eine Mehrheit für die Sozialdemokratie zu erringen, wenn der Preis dafür ist, kein Sozialdemokrat mehr zu sein.“ Die Mehrheit hätten wir mit unserem Wahlergebnis in einer Großen Koalition nicht, das müssen wir doch sehen!

„Wir wollen mehr Demokratie wagen“, sagte einst unser großer Willy Brandt. Diesem immer noch wahren Ausspruch steht eine große Koalition entgegen, denn bei 80 % der Sitze im Bundestag hätte die Opposition überhaupt keine demokratische Chance ... Deshalb folgt ein weiterer Ausspruch von Willy Brandt: „Die Demokratie ist keine Frage der Zweckmäßigkeit sondern der Sittlichkeit.“ Und wie soll das gehen, eine Große Koalition und die guten Verhältnisse im Bundesrat?

Der Parteikonvent hat auf seiner ersten Sitzung, die sich mit der Bundestagswahl befasste, beschlossen, dass er erneut tätig werden soll, wenn das Ergebnis der Sondierungsgespräche beraten wird. Ich halte dieses Verfahren für falsch und für gefährlich bei allem Vertrauen zu den Konvent-Delegierten. Besser wäre schon dann eine Mitgliederbefragung, ob es überhaupt zu Koalitionsverhandlungen kommen soll. Wenn die Mitglieder erst über das Ergebnis der fertigen Koalitionsverhandlungen beschließt und es kommt (käme) ein Nein dabei heraus, müsste die ganze Parteispitze, die an den Verhandlungen beteiligt war, gehen. Oder?

Es wird von vielen gesagt, die Kanzlerin möge doch mit den Grünen koalieren. Das müssen diese selbst entscheiden. Frau Merkel braucht ja nur wenige Stimmen. Mir geht es um meine SPD, um die Partei, der ich im nächsten Jahr 40 Jahre angehöre. Die ich nicht jeden Tag so richtig gut fand, in manchen Situationen war ich sauer oder traurig. Aber ich gehöre zu ihr.

Und deshalb schreibe ich Euch meine persönliche Meinung, mit der ich vielleicht nicht allein stehe. ■

Gisela Teuchert-Benker

Mitglied seit dem 1. März 1974

DUKES BILDERSPRACHE

Duke weiß, dass er an Bällen, die er zerbeißt, keine Freude mehr hat. Hier wollte er seinem Menschen nur veranschaulichen, was mit der SPD passiert, wenn sie sich auf gefährliche Spielchen einlässt. Das war vor fünf Tagen. Heute ist der Ball nur noch ein Häuflein Elend. Wenn man Hundejahre in Menschen-/Partei-jahre umrechnet, weiß man wie lange es dauert, bis von der SPD in der Großen Koalition nichts mehr übrig ist. ■



Foto © Niclas Dürbrook

BESCHLUSS DES SPD KREISVORSTANDS OSTHOLSTEIN ZU VERFAHRENSFRAGEN ÜBER DIE ENTSCHEIDUNG EINER GROSSEN KOALITION

Der SPD Kreisvorstand OH hat einstimmig beschlossen:

Der Parteivorstand und der Parteikonvent der SPD Deutschland wird aufgefordert, dass nach Vorliegen der Ergebnisse der Sondierungsgespräche ein Mitgliederentscheid zur Klärung der Frage ob Koalitionsverhandlungen aufgenommen werden, durchgeführt wird.

Wird der Mitgliederbescheid erst über die Frage des Koalitionsgesprächsergebnisses durchgeführt, weisen wir auf die Gefahr hin, dass ein negatives Votum unsere Parteiführung erheblich beschädigen würde. Das ist nicht in unserem Sinne. Weiterhin besteht die Gefahr, dass Parteimitglieder bei ihrem Abstimmungsverhalten diese Gefahr abwenden wollen und deshalb für die Ergebnisse aus den Koalitionsgesprächen stimmen, obwohl sie eigentlich dagegen sind.

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn wir die Mitgliederbeteiligung wirklich ernst nehmen wollen, muss eine Entscheidung der Mitglieder über die Frage der großen Koalition vor der Aufnahme von Koalitionsverhandlungen durchgeführt werden. Das Stimmungsbild zur Frage der großen Koalition, das wir in unserem Kreisverband und den Gremien

unseres Landesverbands wahrnehmen, ist stark ablehnend.

Wir sehen die große Gefahr, dass der Parteivorstand und der -konvent die Situation unter den Mitgliedern falsch einschätzt und selbst bei wenigen Übereinstimmungen in den Sondierungsgesprächen Koalitionsverhandlungen beschlossen werden. Wenn die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen von den Mitgliedern dann abgelehnt werden, ist der Parteivorstand stark beschädigt. Das müssen wir verhindern.

Deshalb hat sich der SPD Kreisvorstand Ostholstein veranlasst gesehen, den oben stehenden Beschluss zu fassen und euch zu übermitteln. Der Beschluss ist nicht in einem Hinterzimmer ohne Beteiligung unserer Mitglieder erfolgt. Wir haben zuvor eine mitgliederöffentliche Ortsvereinskonferenz einberufen und über Stunden diskutiert. Ergebnis war ein gleichlautender einstimmiger Beschluss, so wie ihn der Kreisvorstand Ostholstein dann auch beschlossen hat. ■

Mit solidarischen Grüßen
Lars Winter, MdL
Kreisvorsitzender

OFFENE BRIEFE AN ANDREA, SIGMAR UND UWE

15. 10. 2013

Liebe Genossin Andrea,

nachdem durch die Presse folgender Sachverhalt bekannt und veröffentlicht wurde, ist es unmöglich, mit dieser CDU/CSU eine Regierung zu bilden

Geldsegen für die CDU: Die Christdemokraten erhalten kurz nach der Bundestagswahl drei Spenden von insgesamt 690.000 Euro von der Familie Quandt. Zeitlich fällt die Geldgabe der BMW-Anteilseigner mit einer heiklen politischen Entscheidung zu neuen Abgasnormen für die Autoindustrie zusammen.

Bei einem Treffen der europäischen Umweltminister in Luxemburg verhinderte die Bundesregierung am Montag vorläufig eine Einigung auf strengere Abgasnormen für Autos in Europa. Ziel der Bundesregierung ist es, die Einführung neuer Richtlinien über einen längeren Zeitraum zu strecken, wovon vor allem Oberklasse-Hersteller wie Daimler und BMW profitieren würden. Der EU-Kompromiss sah vor, dass ab 2020 Neuwagen nur noch 95 Gramm Kohlendioxid pro Kilometer ausstoßen dürften. Diese zeitliche Nähe kritisierte auch LobbyControl.

Eine ehrliche SPD Opposition ist für Deutschland besser, als eine korrupte CDU/CSU-SPD Regierung!!! ■

Liebe Grüße
Wolfgang Unger
Vorsitzender des SPD OV Sereetz

Antwort auf den Brief vom 17. 10. 2013, von Sigmar Gabriel und Andrea Nahles | SPD-Parteivorstand

Freitag, 18. Oktober 2013

Liebe Andrea, lieber Sigmar,

sagt mal, glaubt Ihr eigentlich selbst noch an das, was Ihr da sagt, um uns an der Basis einzulullen?

Oder seht Ihr Euch im Geiste nicht nur schon als Frau Ministerin X und Herrn Vizekanzler? Und das allein ist das Ziel der Verhandlungen? Was soll diese Alibi-Basisdemokratie, wenn die Koalitionsverhandlungen bereits *abgeschlossen* sind? Ihr seid vielfach – auch aus meinem Kreis Ostholstein – aufgefordert worden, einen Mitgliederentscheid *vor* dem Eintritt in Koalitionsverhandlungen durchzuführen. Und Ihr schert Euch einen Dreck darum!

Wir sind mit dem Slogan: „Das WIR entscheidet“ in den Wahlkampf gezogen. Ich habe diesen Slogan überzeugt und gerne vertreten und würde ihn nur allzu gern auch in der Praxis umsetzen, auf jeden Fall aber innerhalb meiner Partei. Aber was Ihr da in Berlin veranstaltet, hat mit einem WIR nun wirklich nichts mehr zu tun. Wie bitte soll ich ein WIR vertreten und von anderen einfordern, wenn meine Parteispitze das alles zu einer Farce macht?

Zieht Euch warm an!!!

Und kungelt schon mal um Jobs nach der Mitgliederbefragung, denn zumindest Sigmar und Andrea werden sich nach dem Entscheid nicht mehr an der Spitze befinden. ■

Tief enttäuscht
Gaby Spiller

**An den Vorsitzenden des SPD-Ortsvereins Eutin,
Uwe Tewes**

27. 10. 2013

Mit stetig zunehmender Sorge verfolge ich,
lieber Genosse,

die politische Entwicklung in der Bundespartei, insbesondere die Strategie der Parteispitze nach der verlorenen Bundestagswahl. Und dabei denke ich erst in zweiter Linie an die Verhandlungen mit dem Ziel einer großen Koalition von CDU/CSU und SPD. Die vor der Wahl angekündigte Mitgliederentscheidung über einen möglichen Koalitionsvertrag erweist sich nach der Wahl und mit diesem Ergebnis nicht mehr als demokratische Basiseinbindung, sondern als gerissene Strategie zur Absicherung des Verhandlungsergebnisses. Steht die SPD-Basis dahinter, dann ist es ja gut.

Aber wenn die dagegen ist? Dann müsste sie ja den Mut haben, ihre Verhandlungskommission und damit ihren Vorstand in den Sack zu hauen.

Freunde, sowas tun doch Sozialdemokraten nicht; die sind doch auf jeden Fall solidarisch! Denn sonst bliebe ja dem Vorstand kaum was anderes übrig, als geschlossen oder in Teilen die Ämter niederzulegen. Undenkbar!

Oder doch denkbar? Der Fisch stinkt am Kopf zuerst!

Das wissen die Schleswig-Holsteiner besonders gut, aber auch in anderen Regionen hat sich das mittlerweile herumgesprochen.

Ich bin, lieber Genosse Uwe,

sehr bewusst nicht auf Inhalte und Argumente zukünftiger Politik eingegangen. Erstens würde das den Rahmen meines Briefes sprengen, und zweitens ist in Sitzungen, in vielen Diskussionen, persönlichen Gesprächen das Meiste gesagt. Nur Eines liegt mir besonders am Herzen: Die SPD muss sich auf dem Fundament ihrer Geschichte und ihrer Erfolge von Grund auf erneuern! Sie muss wieder Visionen entwickeln, die besonders junge Menschen mitreißen und sie zum

Mitmachen und zur Übernahme von Verantwortung motivieren. Diese Partei kann das!

Nur, ob sie das in einer großen Koalition kann? Mehr als kleine Brötchen wird sie nicht backen dürfen – da ist Merkel davor; verlass Dich drauf.

Zum Schluss: Ich bin seit über 40 Jahren Mitglied in dieser Partei und habe mit ihr Einiges mitgemacht. Auf meiner ersten Parteiversammlung haben sich die Lager mit Anträgen zur Geschäftsordnung anstatt mit Inhalten befasst – und ich Naivling dachte, es ginge um die Bürger. Der wortgewaltige Heinz Klinke hat mich verbal zugeschissen; ich habe ihn trotzdem geschätzt. Günter Jansen ist mit einer Gaunerei aufgefliegen, Engholm hat gelogen, Heide Simonis wurde von einem aus den eigenen Reihen gemeuchelt. Ich bin in der Partei geblieben. es ist mir schwer gefallen, das mitzumachen.

Und trotzdem habe ich mitgemacht in der Redaktion unserer SPD-Ortsvereinszeitung, als bürgerliches Mitglied im Bauausschuss, als Sprecher der SPD Fraktion im Stadtparlament unserer Kleinstadt.

Wir haben sauber gearbeitet, lieber Uwe, so wie das unsere Genossen in Eutin tun. Das, nun wiederum macht man gerne mit!

Was ich sagen wollte, lieber Genosse: Wenn jetzt die SPD in eine große Koalition eintritt, wird das fatal für unsere Partei werden. Das ist meine feste und sehr traurige Überzeugung. Diesen Weg will ich nicht mitgehen. Ich werde meine Nein-Stimme abgeben und im Fall, dass die Mehrheit unserer Genossen sich für eine große Koalition entscheidet, meine Mitgliedschaft beenden.

Es wird mir das (politische) Herz zerreißen! ■

Grüß Dich
Rainer [Krug]

BERICHTE AUS DEN ORTSVEREINEN

RAUCHENDE KÖPFE IN OLDENBURG

Nun liegt die Wahl hinter uns. Deutschland hat gewählt. Ein sehr unbefriedigendes Ergebnis hat uns geradezu in ein Gedankenchaos gebracht. Wie geht es mit unserer SPD weiter? Wie werden wir uns positionieren?

Alle Mitglieder sollen nun mitentscheiden. Basisdemokratie wird gefordert, also werden wir abstimmen. Aber wie soll es gehen? Worüber stimmen wir ab? Große Koalition ja oder nein? Opposition (lass Merkel mal sehen wie sie alleine zurecht kommt)? Und was ist, wenn wir bei etwaigen Koalitionsverhandlungen unsere Forderungen nicht durchsetzen können, und wollen daher in die Opposition gehen, Frau Merkel aber keine Lust hat, mit ihrer CSU alleine zu regieren, eine Minderheitsregierung ablehnt und Neuwahlen beantragt? Wie würden dann die Wähler der SPD abstimmen? Folgen wir dann dem Kurs der FDP und machen einen großen Abflug? Wie groß wäre das Verständnis der Wähler für unsere Argumentation, mit der CDU keine Koalition eingehen zu können?

Oder diese Variante: das Bündnis rot-rot-grün gegen das

Versprechen vor der Wahl in keinem Fall mit den Linken zusammen zu gehen? Wie käme dieses in der Bevölkerung an? Und die Frage: Wann sollen wir mitbestimmen?

Vor Koalitionsverhandlungen, wie unser Kreis entschieden hat. Nach den Verhandlungen, damit die Mitglieder sehen können, ob Sie mit den Resultaten der Verhandlungen einverstanden sind? Und was ist, wenn die Basis nicht mit den Ergebnissen einverstanden ist? Wenn unsere Partei dann der Entscheidung ihrer Mitglieder folgen würde, würde sie zu Recht des Wortbruchs bezichtigt werden. Könnte sich unser Parteivorstand das leisten? Meine Güte, mir als alte Sozialdemokratin raucht der Kopf und ich frage mich, wie werden sich die SPD Mitglieder entscheiden? Können sie überhaupt darüber entscheiden?

Meine persönliche Meinung

Wir haben gewählt, und wir dürfen uns nicht aus der Verantwortung ziehen. Wir sollten das Möglichste aus Verhandlungen herausholen, damit wir viele unserer politischen Ziele in einer großen Koalition erkämpfen können. Unsere politi- ➔

schen Taten müssten den Bürgern immer wieder unter die Nase gehalten werden, damit die SPD endlich bei der nächsten Wahl punkten kann und es uns nicht so ergeht wie bei der letzten großen Koalition! Nicht, dass hier der Eindruck entsteht, ich wäre eine Freundin der großen Koalition, ich sehe lediglich in unserer Lage keine andere Alternative. Ich habe auch Angst, dass die Wähler hierfür kein Verständnis zeigen würden, wenn wir anders entscheiden würden.

Diese große Entscheidung, wie es mit unserer SPD weiter gehen soll, wie wir uns in einer neuen Regierung positionieren, würde ich lieber dem Parteivorstand überlassen, denn ich würde als Parteimitglied lediglich aus dem Bauch heraus entscheiden und sehe auch eine Gefahr darin, dass diese geplante Vorgehensweise, in diesem Falle der Befragung aller Mitglieder, der Partei schaden könnte. Aber was meint ihr? ■

Helga Poppe

Stellvertretende Bürgervorsteherin und OV Schriftführerin

KLÖNSCHNACK IN OLDENBURG

Von elf Teilnehmer_innen waren drei absolut gegen Verhandlungen und Gro Ko, da sie ein Linksbündnis wollen und diesen Willen aus dem Wahlergebnis herleiten. Sieben Teilnehmer_innen nehmen zähneknirschend eine Gro Ko in Kauf, wenn sozialdemokratische Ziele im Vertrag enthalten sind. Neuwahlen müssen absolut vermieden werden. SPD hat auch eine Verantwortung zur Regierungsbildung.

Eine Mitgliederbefragung ist für alle logisch, wird aber für den Fall, dass die Basis das ausgehandelte Ergebnis aus den unterschiedlichsten Gründen nicht mitträgt, kritisch gesehen. Das ist dann der Gau für Sigmar Gabriel. Der vom Kreisvorstand diskutierte Beschluss war uns am 1. 10. nicht bekannt, so dass wir von einer anderen Zeitfolge ausgegangen sind. ■

Annette Schlichter-Schenck

Stellvertretende Ortsvereinsvorsitzende

OV AHRENSBÖK

In der Vorstandssitzung Anfang Oktober wurde das Thema Koalition/Opposition beraten. Die Mehrheit war der Auffassung, mit der CDU eine Koalition zu bilden, um unsere Forderungen (Gute Bildung für alle/Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes usw.) durchzusetzen. Das sollte probiert/gegagt werden.

Das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen muss durch die Mitglieder abgesehen werden. Kritisiert wurde, dass wir uns vor der Wahl gegen ein Bündnis mit den Linken ausgesprochen haben und damit ein Bündnis Rot/Rot/Grün abgeschlossen wurde. Bei Neuwahlen wird befürchtet, dass die FDP wieder die 5% Hürde schafft und es wieder zu einer Koalition Schwarz/Gelb kommen würde.

Soweit in Kürze das Meinungsbild der Ahrensböcker Genossen. ■

Beste Grüße

Johann Rademacher

OV Vorsitzender

OV HANSÜHN

Auf unserer Vorstandssitzung am 2. Oktober haben wir ausführlich über einer Regierungsbeteiligung gesprochen. Der Vorstand und zwei nicht dem Vorstand angehörigen Genossen haben sich einstimmig gegen eine Koalition mit der CDU ausgesprochen. Die Stimmung ging eher zu einer rot-rot-grünen Regierungsbildung. ■

Gruß vom OV Hansühn

Holger Blöhs

OV Vorsitzender

OV HEILIGENHAFEN

Am Mittwochabend (16.10.2013) haben wir auf unserer mitgliederoffenen Vorstandssitzung auch das Thema Große Koalition diskutiert. Es war eine sehr engagierte Diskussion. Weit über 80% der anwesenden Genossinnen und Genossen war aber gegen eine Große Koalition. Die entscheidenden Gründe waren:

- Angela Merkel wird ihren Arbeitsstil nicht ändern. Auch gute Vorschläge von der SPD wird sie nach wie vor für sich vereinnahmen, weil sie sich an der sachlichen Diskussion im Vorwege nicht beteiligt und im entscheidenden Moment das Thema dann zu ihrer Sache macht. Dagegen ist kein Kraut gewachsen, auch nicht bei unserer Führungsmannschaft.

- Im Falle der großen Koalition hat die parlamentarische Opposition keine Bedeutung mehr, weil ihr Anteil am Bundestag nur noch 20% beträgt. Die Einsetzung von z.B. Untersuchungsausschüssen ist gegen den Willen der Regierung nicht mehr möglich.

- Der SPD-dominierte Bundesrat hat keine wirkliche Bedeutung mehr. Man wird seinen eigenen, in der Bundesregierung sitzenden Genossen wohl kaum in den Rücken fallen. Alles verkommt zu einem Einheitsbrei. Warum soll man in der Zukunft noch SPD wählen?

Deshalb ist die Stimmung in der Heiligenhafener SPD eindeutig gegen eine Große Koalition. Stattdessen fordern wir eine gute Oppositionsarbeit und die Vorbereitung auf 2017, um dann gegebenenfalls eine Rot-Rote oder Rot-Rot-Grüne Bundesregierung zu bilden.

Wenn die CDU die Grünen recht freundlich bittet, werden diese auch eine Schwarz-Grüne Koalition eingehen. ■

Herzliche Grüße

Theo Siebel

Vorstzender des SPD-Ortsvereins Heiligenhafen

OV BOSAU

Bei der Mitgliederversammlung am 1. Oktober kam es nach hitziger Diskussion zu folgendem Abstimmungsergebnis:

für Rot-Schwarz	0
für Rot-Rot-Grün	2
SPD in die Opposition	Einstimmig,
	0 Neinstimmen,
	0 Enthaltungen

Mehrfachstimmen kommen immer mal vor, die letzte gilt – man darf seine Meinung doch auch mal ändern! ■



Foto © Jutta Fritsche

ARBEITSREICHE SPD HAUSHALTSKLAUSUR IN MALENTE PFLGESTÜTZPUNKT, KLIMASCHUTZ, KREIS FÜR KINDER, LIVE-STREAM UND FAG WURDEN DISKUTIERT

Die SPD Kreistagsfraktion hat auf ihrer ersten Haushaltsklausur in der neuen Wahlperiode in Malente die politischen Weichen für die Haushaltsberatungen 2014 in den Fachausschüssen gestellt. Die Fraktion hat sich einstimmig darauf verständigt, dass sie ihre endgültige Entscheidung über den Haushaltsentwurf 2014 erst nach Abschluss der Haushaltsberatungen festlegt und die Ergebnisse abwartet (wie bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin zwischen CDU und SPD).

Die Fraktion hat noch einmal hervorgehoben, dass es die richtige politische Entscheidung gewesen sei, dass sich der Kreis am Entschuldungsfonds des Landes beteiligt, d.h. die Konsolidierungshilfen des Landes in Anspruch zu nehmen. Damit ist am Finanzhimmel des Kreises für 2014 ein Licht zu sehen.

Die Fraktion lobte die Kreisverwaltung auf ihrer Klausur für die über 20-seitige Sitzungsvorlage zur Errichtung eines Pflegestützpunktes im Kreis Ostholstein. Damit wird dazu dem Antrag der SPD Fraktion gefolgt. Der Sitz des Stützpunktes wird Eutin mit zwei Nebenstellen, damit es ein gutes Beratungsangebot in der Fläche gibt. Eine Stelle wird in Bad Schwartau eingerichtet, und für den Nordkreis sind Oldenburg oder Neustadt im Gespräch.

Die Kreistagsfraktion ist besonders erfreut, dass die neuen „Kooperationspartner“ CDU und Grüne im Kreistag in ihrem Vertrag sozialdemokratische Themen und Inhalte aufgenommen haben und sich zu den eingereichten Anträgen der SPD Fraktion mit Zusatzanträgen profilieren. Der politische Bereich – Klimaschutz – war von der SPD schon im Jahre 2011 auf die Tagesordnung des Kreises gesetzt worden mit dem Ziel, für den Kreis Ostholstein ein Klimaschutzprogramm zu erstellen.

Im Jahre 2003 hatte die CDU mit ihrer absoluten Mehr-

heit die Kinderkommission abgeschafft, genauso wie den frauenpolitischen Beirat. Die SPD hat den Antrag eingereicht, dass der Kreis wieder ein Kreis für Kinder wird. Dazu haben die Kooperationspartner einen eigenen Antrag formuliert. Die SPD fordert die Kooperationspartner auf, nicht nur Anträge zu formulieren, sondern auch Taten folgen zu lassen. Im Demografiebericht wird es deutlich beschrieben:

Die Ansiedlung von Familien und Kindern und jungen Menschen muss grundlegendes Ziel sein, um langfristig eine gesunde Altersstruktur im Kreisgebiet zu erreichen ...

Die SPD fordert deshalb die CDU und Grünen auf, gemeinsam mit der SPD, die Eltern im Kreis Ostholstein nicht weiter mit den unsozialen Schülerbeförderungskosten zu belasten. Wie wurde es zum 40. Geburtstag des Kinderschutzbundes in Neustadt gesagt: „Die Politik hat lange das Problem der Kinderarmut verleugnet. Doch es gibt sie bis heute – Kinder ohne Winterjacke, Schuhe oder Geld für die Schwimmstunde. Und das in diesem reichen Land.“ Die Verwaltung hat die politische Botschaft der SPD gehört und hat im Stellenplan des Kreises zusätzliche Stellen eingerichtet, damit der erhöhte Arbeitsanfall der Betreuungsstelle des Kreises zur Umsetzung des Betreuungsrechts sowie zur Erfüllung zusätzlicher Aufgaben nach dem Bundeskinderschutzgesetz durchgeführt werden können.

Der Antrag der SPD, Sitzungen des Kreistages per Live-stream zu übertragen hat eine intensive, aber sachliche Diskussion bei den Fraktionen im Kreistag ausgelöst. Die Kernbotschaft von der SPD an die anderen Fraktionen sind die Worte von Thilo Weichert, Chef des Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz. Im Sinne von Transparenz und Bürgernähe bricht er eine Lanze für die Live-Übertragung: „Ich halte das für richtig und sinnvoll.“ Kein Verständnis hat die Fraktion für die Äußerungen von einem Grünen-Kreis-→

tagsabgeordneten: „Wir müssen erst einmal die Breitbandversorgung herstellen.“

Auf der Klausursitzung wurde auch der Personalbericht diskutiert. Daraus folgte die politische Entscheidung, einen Antrag zur Implementierung eines betrieblichen Gesundheitsmanagements für die Mitarbeiter_innen der Kreisverwaltung zu stellen. Die SPD ist sich einig, dass die Anzahl der Langzeiterkrankten immer noch zu hoch ist und die präventiven Maßnahmen der Verwaltung nicht ausreichen, begrüßt und unterstützt aber gleichzeitig die Maßnahmen der Verwaltung.

Eine leistungsfähige Verwaltung braucht leistungsfähige Mitarbeiter_innen. Es gilt daher, die Arbeitsfähigkeit bis zum Eintritt in das Renten- oder Pensionsalter zu erhalten. Dies ist ein zentrales Anliegen eines betrieblichen Gesundheitsmanagements in der Kreisverwaltung.

ASF OSTHOLSTEIN NEUER VORSTAND

Bei der Jahreshauptversammlung der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen im Kreis Ostholstein wurde am 24. Oktober ein neuer Kreisvorstand gewählt. Neue Vorsitzende ist Gisela Teuchert-Benker aus Neustadt, die beiden Stellvertreterinnen sind Swantje Meininghaus aus Süsel und Annette Schlichter-Schenck aus Oldenburg. Die Beisitzerinnen Nadja Goetz, Ute Stahl, Linda Krug, Beate Müller-Behrens, Christina Vadersen-Marohn und Susanne Bötticher komplettieren den Vorstand.



Nadja Goetz, Christina Vadersen-Marohn, Annette Schlichter-Schenck, Linda Krug, Ute Stahl, Gisela Teuchert-Benker, Swantje Meininghaus und Beate Müller-Behrens. Susanne Bötticher fehlt, wir wünschen ihr gute Besserung.

Einstimmige Wahlen, gute Gespräche, engagierte Diskussionen und kritische Anmerkungen zu den laufenden Koalitionsverhandlungen zeichneten diese Veranstaltung im Brauhaus in Eutin aus. Gisela Teuchert-Benker dankte der bisherigen Vorsitzenden Swantje Meininghaus mit freundlichen Worten, einem prachtvollen Blumenstrauß und einigen Gläschen ihrer selbst gekochten Marmeladen.

Ein ausführlicher Bericht über die Jahreshauptversammlung der AsF folgt im nächsten Ostholsteinbrief. ■

Gisela Teuchert-Benker
Kreisvorsitzende der AsF Ostholstein

Eine eindeutige und klare Botschaft geht von der SPD in Richtung CDU und Landrat Sager. Die Reform des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) ist ein Entwurf, und wir sind uns alle einig, dass diese Reform fällig war und der Entwurf jetzt in den Gremien diskutiert und beraten werden soll und muss. Deshalb an die Kritiker im Kreis, das Gegengutachten vom Landkreistag abwarten und die Diskussion zum FAG dringend zu versachlichen.

Die sozial gerechte Politik der SPD, für die wir seit zehn Jahren im Kreis Ostholstein immer wieder politisch gekämpft haben, trägt jetzt die ersten politischen Früchte bei den Kooperationsfraktionen im Kreis und damit für die Bevölkerung im Kreis Ostholstein. ■

Burkhard Klinke
SPD Fraktionsvorsitzender

JUSO-CHRONIK WER HAT ANEKDOTEN, GESCHICHTEN?

Die SPD feiert dieses Jahr ihr 150-jähriges Bestehen. Einige von euch haben diesen stolzen Geburtstag ja auch angemessen in Berlin und anderswo gefeiert.

Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten haben auch eine stolze Geschichte, die leider viel zu oft in Vergessenheit gerät, auch in Ostholstein. Wir wollen hier Abhilfe schaffen.

Wir werden in den nächsten zwei Jahren u.a. mit eurer Hilfe eine Chronik erstellen, die die Geschichte der Jusos in Ostholstein möglichst lückenlos wiedergeben sollte. Im Oktober 2015 soll die Chronik dann in Buchform erscheinen, was bedeuten würde, dass wir der einzige SPD Kreis oder Unterbezirk deutschlandweit wären, der eine Chronik seiner Jugendorganisation vorzuweisen hätte.

Dazu brauchen wir eure Hilfe. Habt ihr selber Anekdoten, Geschichten, Material, oder kennt ihr Menschen, die solches haben (können)? Dann meldet euch bitte bei uns und tragt unsere Bitte weiter. Wir kommen euch gerne besuchen. Wir machen Kopien von eurem Material, sodass ihr nichts einfach weggeben müsst. Wir werden in den nächsten zwei Jahren außerdem etliche Archive durchforsten und Kilometer machen. Dafür bitten wir euch um eure Hilfe und Unterstützung.

Ihr erreicht uns jederzeit per Fax unter 03212/191 19 44 oder unter derselben Nummer telefonisch. Da wir teilweise ziemlich viel um die Ohren haben, haben wir dort extra einen Anrufbeantworter eingerichtet. Wir rufen euch dann gerne zurück. Ihr könnt uns auch gerne E-Mails an Infos%chronik-jusos-oh@gmx.de schicken. ■

Felix Feil
stellv. Kreisvorsitzender Jusos, Vorsitzender Jusos Nord

Björn Frohne
Beisitzer im Kreisvorstand der Jusos OH



JUSOS JETZT AUCH IM NORDKREIS GRÜNDUNG DES GV JUSOS OSTHOLSTEIN NORD



Jan-Marco Höppner, Andre Majewski, Jasmin Schöntaube, Felix Feil, Sascha Seehase und Lennart Maaß. Es fehlt Alexandra Meier

Am 24.08.2013 haben sich im Nordkreis die Jusos Ostholstein Nord gegründet. Im Sinne der Statuten der SPD handelt es sich dabei um einen Gemeindeverband, kurz GV genannt. Dieser umfasst die Städte Fehmarn, Heiligenhafen und Oldenburg i.H, die Gemeinden Dahme, Grömitz, Grube, Kellenhusen und die Ämter Oldenburg-Land (Göhl, Gremersdorf, Großenbrode, Heringsdorf, Neukirchen & Wangels) und Lensahn (Beschendorf, Damlos, Harmsdorf, Kabelhorst, Lensahn, Manhagen & Riepsdorf).

Im GV sind zurzeit ca. 25 Jusos. Zum Vorsitzenden wurde Felix Feil (29) aus Oldenburg gewählt. Ihm schließen sich an als stellv. Vorsitzende Lennart Maaß (23) und Jasmin Schöntaube (30) an. Als Geschäftsführer fungiert Jan-Marco Höppner (27). Des weiteren komplettieren mit Sascha Seehase (27), Alexandra Meier (31) und Andre Majewski (17) drei Besitzer_innen den Vorstand.

Der Kreisvorsitzende und MdL Lars Winter wohnte mit dem Kreisvorsitzenden der Jusos Niclas Dürbrook und der stellv. Ortsvorsitzenden Annette Schlichter-Schenck den Wahlen bei. Annette Schlichter-Schenck betonte in ihrem Grußwort bei der Gründungsversammlung, dass der Ortsverein Oldenburg diese Initiative außerordentlich begrüßt und unterstützt. „Oldenburg bietet sich als Zentrum für den Nordkreis an und ich bin stolz darauf, dass gleich vier Jusos vom Ortsverein Oldenburg in den Vorstand gewählt wurden. Die Jusos Ostholstein Nord werden eine Bereicherung für das Parteileben. Ich freue mich auf eine konstruktive Zusammenarbeit“.

Die Jusos Ostholstein Nord werden sich vorrangig mit lokalen jugendpolitischen Themen im Nordkreis beschäftigen, kündigte der Vorsitzende Felix Feil an. Es werden auch bis jetzt eher im Hintergrund behandelte Themen auf die Tagesordnung kommen. „Die Themen Behinderten- und Gesundheitspolitik, der Kampf gegen rechts und natürlich moderne Frauenpolitik“, so die neu gewählte stellvertretende GV-Vorsitzende und ehemalige Landesvorsitzende der Jusos Sachsen-Anhalt, Jasmin Schöntaube. ■

Felix Feil
GV Vorsitzender

IMPRESSUM

SPD Kreisverband OH
Lübecker Straße 6
23701 Eutin

Telefon 04521/59 57
kv-ostholstein@spd.de
www.spd-ostholstein.de

Redaktion

V.i.S.d.P.

Lars Winter,
Kreisvorsitzender
Gisela Teuchert-Benker
Beate Müller-Behrens

Korrektur

Layout und Schlussredaktion

Mails für die Redaktion bitte an Lars Winter winter.mdl@aol.de und Beate Müller-Behrens beatemuellerbe@yahoo.de.

Wir veröffentlichen gerne Artikel und Kommentare, eure Meinung und Leserbrief, wenn sie sich mit dem Thema der Ausgabe befassen und mit Namen, Adresse und Telefonnummer versehen sind – die zweite und die dritte Angabe veröffentlichen wir nicht – wir kennen uns doch alle! Für den Inhalt sind die Autor/innen verantwortlich, Kürzungen behalten wir uns vor, und Rechtschreibfehler korrigieren wir meistens. ■

Die Redaktion



Informiert bleiben!